



Dr. Lars Handrich ist Geschäftsführer der DIW ECON.
Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Für eine marktwirtschaftliche Reaktion auf die Annexion der Krim

Eine Woche nach Beginn der militärischen Invasion Russlands auf der Halbinsel Krim erklärte Präsident Putin, Russland plane keine Annexion. Zwei Wochen später erfolgte der Anschluss der Krim an Russland. Seither kann Putin nicht mehr glaubhaft versichern, das Vorgehen nicht anderswo zu wiederholen. Und seither kann der Westen das russische Vorgehen nicht einfach unbeantwortet lassen. Erste Reaktionen umfassen auch Wirtschaftssanktionen. Die Wirkungen von klassischen Sanktionen etwa beim Außenhandel sind jedoch unsicher und benötigen Zeit, während Kosten und Wohlstandsverluste für die verhängenden Staaten sofort spürbar sind. Unterschiedliche Wirtschaftsbeziehungen mit Russland führen bei unisono verhängten Sanktionen zu unterschiedlichen Wohlstandsverlusten und behindern daher eine gemeinsame Haltung des Westens.

Hier ansetzend, sollten weitere Sanktionen auf den wirtschaftlichen Wert der mit der Krim gemachten „Beute“ zielen. So könnten alle Personen und Unternehmen mit Sanktionen belegt werden, die auf der Krim Vermögenswerte des ukrainischen Staates, ukrainischer Unternehmen oder natürlicher Personen unrechtmäßig und ohne Einvernehmen der bisherigen Eigentümer übernehmen. Das umfasst Filialen ukrainischer Banken ebenso wie Explorationsrechte für Erdgas und Erdöl im Schelf der Krim.

Eine nachhaltige Antwort des Westens muss auch Gazprom mit einbeziehen. Gazproms erhebliche Marktmacht in einzelnen Ländern basiert auf langfristigen Lieferverträgen in Kombination mit Abnahmegarantien, hohen Vertragsstrafen, der Indexierung des Gaspreises an die Entwicklung der Rohölpreise sowie eines Verbots des Weiterverkaufs von russischem Gas an Drittstaaten. Diese Vertragsgestaltung zwingt die betroffenen Staaten in eine teure und politi-

sche Abhängigkeit. Diese Praxis muss dringend beendet werden, und die EU hat die Mittel dazu. Aktuell untersucht der Wettbewerbskommissar das Geschäftsgebaren von Gazprom. Dieser Fall ist jetzt prioritär und mit Nachdruck zu verfolgen, und im Endeffekt sind diese Praktiken zu untersagen. Vor allem die Untersagung des Verbots von Weiterverkäufen wäre ein wesentlicher Schritt, um die Marktmacht von Gazprom zu brechen.

Seit den Gaskrisen der Jahre 2005 und 2009 zwischen Russland und der Ukraine wurden in Europa die technischen Möglichkeiten für eine Umkehr der Strömungsrichtung in den Pipelines geschaffen. Wo diese Umstellung noch nicht vollumfänglich erfolgt ist, gilt es jetzt diese Anpassungen vorzunehmen. Die technische Sicherstellung der Strömungsumkehr ist ein wichtiger Meilenstein zur Schaffung eines gemeinsamen EU-Binnenmarktes für Gas. Ein funktionierender EU-Gasbinnenmarkt würde die Versorgungsflexibilität erhöhen und Europas Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen verringern, sodass im Notfall kein EU-Staat von der Gasversorgung abgeschnitten wäre. Ein Lieferstopp russischer Gasexporte nach Europa als Antwort ist kaum zu befürchten. Einerseits erzielt Russland damit hohe Einnahmen, weil die europäischen Gaspreise weltweit die höchsten sind. Andererseits erfordert eine Diversifizierung der russischen Gasexporte in Richtung Asien erhebliche Investitionen und träge überdies in den asiatischen Märkten auf eine wesentlich geringere Zahlungsbereitschaft.

Intelligente Sanktionen, die auf die „Krimbeute“ abzielen, und ein gemeinsamer europäischer Gasmarkt dürften Russland nachhaltiger beeinflussen als klassische Sanktionen. Gleichzeitig bleibt Russland auch zukünftig ein wichtiger Nachbar und Handelspartner der EU.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
81. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Dr. Kati Schindler
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Dr. Claudia Lambert
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Die beteiligten Institute

Textdokumentation

Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74, 77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01806 - 14 00 50 25,
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.